

■ Politische Rechte

Vorprüfung einer formulierten Verfassungsinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, nach Prüfung der am 2. März 2012 eingereichten Unterschriftenliste zu einer kantonalen, formulierten Verfassungsinitiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung", verfügt:

1. Die am 2. März 2012 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen, formulierten Verfassungsinitiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung" entspricht den Formerfordernissen von § 28 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und von § 69 GpR. Sie ist als Verfassungsinitiative bezeichnet, enthält einen ausgearbeiteten Vorschlag, eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stimmberechtigt sind, sowie das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.
2. Folgende Urheberinnen und Urheber der Verfassungsinitiative sind ermächtigt, die Verfassungsinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen:
Monica Geschwind (Präsidentin), Landrätin, Tälliweg 17, 4434 Hölstein; Urs Berger, Im Häslirain 115b, 4147 Aesch; Christoph Buser, Landrat, Oberer Rainweg 19, 4414 Füllinsdorf; Claudio Botti, Landrat, Hardstrasse 30, 4127 Birsfelden; Marianne Hollinger, Landrätin, Traugott Meyer-Strasse 12, 4147 Aesch; Sandra Sollberger, Landrätin, Langgarbenstrasse 18, 4416 Bubendorf; Dominic Straumann, In den Wegscheid 7a, 4132 Muttenz; Alain Tüscher, Landrat, Feldstrasse 86, 4123 Allschwil.
3. Der Titel der kantonalen Verfassungsinitiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung" entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR.
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die §§ 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit Eingang der Mitteilung schriftlich und begründet beim Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an: Monica Gschwind (Präsidentin), Landrätin, Tälliweg 17, 4434 Hölstein.
6. Veröffentlichung im Amtsblatt vom 8. März 2012.

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Verfassungsinitiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung"

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, das folgende formulierte Begehren:

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft wird wie folgt geändert:

I.

§ 107^{bis} Vereinbarkeit von Familie und Beruf

¹ Kanton und Einwohnergemeinden sorgen zwecks Vereinbarkeit von Familie und

Beruf für eine angemessene Wahlfreiheit für Eltern, ob sie ihre Kinder selber oder unter Nutzung eines familienergänzenden Angebots betreuen wollen.

² Die Einwohnergemeinden gewähren den in der Gemeinde wohnhaften Eltern Beiträge an die Kosten aus der Nutzung von anerkannten Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung. Die Festlegung der Berechtigung der Inanspruchnahme sowie der Bemessungsgrundlagen und der Höhe der Beiträge ist Sache der Einwohnergemeinden.

³ Der Kanton ist zuständig für die Anerkennung der Einrichtungen der Kinderbetreuung. Er anerkennt diese nach Massgabe des Bundesrechts.

⁴ Der Kanton kann Beiträge für die Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals in anerkannten Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung gewähren.

§ 158 Übergangsbestimmung zu § 107^{bis}

¹ Die Einwohnergemeinden erlassen ein Reglement über die Bemessung und Höhe der Beiträge gemäss § 107^{bis} Abs. 2 und setzen das Reglement innert neun Monaten seit Inkrafttreten von § 107^{bis} in Kraft. Das Reglement ist durch den Kanton zu genehmigen.

² Der Regierungsrat stellt den Einwohnergemeinden ein Musterreglement zur Verfügung. In Einwohnergemeinden, die innert Frist kein Reglement erlassen, gilt jeweils das Musterreglement. Das Musterreglement wird vom Regierungsrat in Form einer Verordnung erlassen.

II.

Diese Bestimmungen treten nach der Annahme durch das Volk und der Gewährleistung durch die Bundesversammlung am darauffolgenden 1. Januar in Kraft.

Landeskanzlei Basel-Landschaft